Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Danke schön. Gestatten Sie eine Frage?

Dr. Wöstenberg (Die Liberalen):

Lese ich in der heutigen Presse richtig, daß der finanzpolitische Sprecher Ihrer Fraktion, Herr Manhenke, gestern den Preisaufschlag als verfehlt bezeichnet hat, daß dieser den beabsichtigten Effekt nicht erzielen wird und daß er das für einen sozialen Sprengstoff hält?

Bischoff (SPD):

Sie lesen das richtig. Da sehen Sie, daß innerhalb der SPD wir uns nicht alle in eine Schablone pressen lassen. Bei uns ist Meinungsvielfalt gefragt.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Danke. Ist eine weitere Anfrage gestattet?

Dr. Manhenke (SPD):

Ich möchte daran erinnern, daß diese Anordnung hier ins Parlament gekommen ist durch den Antrag der Liberalen. Ich sehe nicht die Möglichkeit, über eine Anordnung Abgaben zu erzielen...

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Bitte, kommen Sie zur Frage.

Dr. Manhenke (SPD):

Das läßt sich nicht vereinbaren mit unserem Rechtsstaat. Ich möchte den Abgeordneten fragen, ob es auch seine Meinung ist, daß in einem Rechtsstaat Abgaben nur über das Parlament entschieden werden können.

Bischoff (SPD):

Das ist meine Meinung. Deswegen befürworten wir auch die Überweisung in die Ausschüsse als parlamentarische Organe.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Und eine letzte Frage. Bitte.

Frau Wegener (PDS):

Diese Streitigkeiten in der Fraktion der SPD irritieren mich jetzt.

(Unruhe im Saal)

Nein, jetzt mal ganz ernsthaft: Ich möchte jetzt mal von Ihnen wissen: Können Sie mir die Passage noch einmal erklären ...,

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall: Die Frage bitte.) wo es darum ging, wo Sie erläuterten, daß die Unternehmen jetzt animiert werden, hier bei uns zu investieren wegen dieser 11 %? Ich hatte das nun so verstanden, daß diese 11% ein halbes Jahr gelten und die anderen 3 Monate 6 %.

Bischoff (SPD):

Dieses Investitionsförderungsprogramm wird erst einmal für 1990, da müssen wir das meiste tun, deswegen diese 11 %, gelten. Zu den Unternehmensbeteiligungen: Soweit sich Unternehmen

hier in der DDR mit beteiligen, um westliches Know how zu kriegen, können wir besser absetzen. Und wenn Ihr Fraktionskollege, der ehemalige Ministerpräsident Modrow, Ende vergangenen Jahres den Milliardenkredit nicht dazu verwandt hätte, Videorecorder zu importieren, sondern dazu, unsere Industrie wieder auf Vordermann zu bringen, wäre die Liste mit Sicherheit kleiner gewesen.

Frau Wegener (PDS):

Können Sie die Frage noch neben diesen Ausführungen, die Sie getätigt haben, beantworten?

Bischoff (SPD):

Ich habe diese Frage in meiner Darlegung beantwortet. Wenn westliche Unternehmen sich hier mit beteiligen, sind wir in der Lage, eine Produktion mit westlichem Know how auch für diese Erzeugnisse zu sichern.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Danke schön. Erlauben Sie noch eine Anfrage?

Schulz (Bündnis 90/Grüne):

Herr Bischoff! Selbst wenn sich diese 11%-Spanne nicht auf den Endverbraucherpreis umlegen sollte, glauben Sie, daß damit ein wirksamer Schutz für die DDR-Produktion erreicht ist? Glauben Sie wirklich, daß deswegen DDR-Produkte gekauft werden oder Sie das in irgendeiner Weise fördern können? Ich sehe den Sinn dieser Maßnahme immer noch nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Bischoff (SPD):

Herr Schulz! Ich habe schon Ihr Problem verstanden, aber die Komplexität dieses Beschlusses beinhaltet obendrein auch eine Festlegung, daß sämtliche bundesdeutsche Unternehmen, welche DDR-Produkte, also die, die hier hergestellt wurden, dort vertreiben, 11 % von der Umsatzsteuer absetzen können. Das heißt, wenn man die gesamte Komplexität der Programme sieht, kann man hoffen, daß sie anziehen. Es hat noch niemand getestet, das muß man sagen, aber wir müssen irgendwo beginnen und nicht lamentieren.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Zu diesem Komplex hat Minister Pohl noch um das Wort für eine Erklärung gebeten. Bitte schön.

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Die Regierung ist sich völlig im klaren darüber, daß es sich bei dieser Maßnahme um eine durchaus strittige und nicht in jedem Fall greifbare Maßnahme handeln kann. Aber sie ist im Komplex zu sehen, und diesen Komplex möchte ich hier noch einmal kurz darlegen.

1. Wir haben im § 14 des Staatsvertrages flankierende Maßnahmen zur Strukturanpassung vorgelegt. Diese haben wir, das war die ausdrückliche Leistung unserer DDR-Verhandlungsexpertengruppe, in diesen Staatsvertrag hineingebracht. Dort ist festgelegt, daß Fördermaßnahmen für die Industrie wie folgt gestaltet werden können: Investitionsförderung, das ist das erste, und das ist das, verehrte Abgeordnete, was wir auch als erstes und wesentliches betreiben.